

Gegen die „Unwirtlichkeit“. Zur Entwicklung städtischer Quartiere aus dem Blickwinkel der Inklusion

(Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Behinderung ohne Behinderte!? Perspektiven der Disability Studies“, Universität Hamburg, 03.11.2014)

Im Titel dieses Vortrages steckt ein Zitat. 1965 veröffentlichte der Psychoanalytiker und Schriftsteller Alexander Mitscherlich die Streitschrift „Die Unwirtlichkeit unserer Städte – Aufforderung zum Unfrieden“. In diesem Werk geht er mit der Architektur und vor allem der Stadtplanung nach 1945 hart ins Gericht.

Es seien - so Mitscherlich - im Zuge des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Städte anonyme und sterile Gebilde entstanden, die kaum Erlebnisanreize böten und es ihren Bewohnerinnen und Bewohnern schwer machten, sich mit Ihnen zu identifizieren.

Mitscherlich kritisiert dabei vor allem, dass anders als in der durchmischten „alten Stadt“ der Städtebau der Moderne mit seiner strikten Funktionstrennung dazu führe, dass wichtige Lebensbereiche – zum Beispiel Wohnen und Arbeiten – voneinander getrennt seien. Die neuen Wohnsiedlungen seien gleichförmig und monoton.

Nach wie vor würden die Bedürfnisse der Allgemeinheit den Profitinteressen einzelner oder weniger untergeordnet. Auf diese Weise fiel es dem Einzelnen schwer, sich mit seiner Stadt oder seinem Quartier zu identifizieren und sich dort zu engagieren. Dadurch könnten kaum echte Gemeinwesen entstehen.

Mitscherlichs Kritik traf frontal den deutschen Wirtschaftswunderstolz über den Wiederaufbau der im zweiten Weltkrieg zerstörten Städte und das sollte sicher auch so sein. Ob und inwieweit seine Kritik im Einzelnen berechtigt war, sei dahingestellt, im Kern ist sie sicher nicht falsch.

Nach den massiven Zerstörungen des zweiten Weltkrieges erfolgte der Wiederaufbau unter Schlagworten wie „Organische Stadtbaukunst“ (Hans

Bernhard Reichow), „Gegliederte und aufgelockerte Stadt“ (Johannes Göderitz, Roland Rainer und Hubert Hoffmann) und auch „Autogerechte Stadt“ (wiederum H.B. Reichow).

Es entstanden vielfach neue Wohnsiedlungen in den Außenbezirken der Städte. Die zerstörten Altbauquartiere wurden auf dem bestehenden Stadtgrundriss, aber unter völlig anderen städtebaulichen und architektonischen Gesichtspunkten wieder aufgebaut. Vor allem wurden Gewerbetriebe - und damit Arbeitsplätze - außerhalb der neu entstandenen oder wiederaufgebauten Wohngebiete angesiedelt.

Man darf dabei nicht vergessen, dass heute sehr beliebte Wohngebiete zur damaligen Zeit einen extrem schlechten Ruf hatten. Eine sehr dichte Bebauung, dunkle, enge und schlecht ausgestattete Wohnungen im Zusammenhang mit einer teilweise extremen Überbelegung der Wohnungen und massive Belastung durch Emissionen der ansässigen Gewerbebetriebe führten zu schlimmen Wohnbedingungen. So wurde z.B. Ottensen im Volksmund „Mottenburg“ genannt, weil man dort leicht „die Motten bekam“, d.h. an Tuberkulose erkrankte. Der Stadtteil Eimsbüttel hatte den Spitznamen „Angstbüttel“.

Vor diesem Hintergrund ist die radikale Neuorientierung im Städtebau eher nachvollziehbar. Erst lange nach Mitscherlichs Kritik wurde der Wert der innerstädtischen Altbauquartiere erkannt - nachdem sich die Bewohner gegen Leerstand und Abriss zur Wehr setzten - und die Quartiere mehr oder minder behutsam saniert. Dies wiederum war und ist mit einer starken Verteuerung der Wohn- und Gewerbemieten und einer Verdrängung der ansässigen Wohn- und Arbeitsbevölkerung verbunden. Dort, wo es zu einer stärkeren Belegung der Quartiere kommt, führt dies oft zu Konflikten mit den BewohnerInnen.

Mitscherlichs Kritik an dem herrschenden sozio-ökonomischen Regime, in dem hinsichtlich der Nutzung und Verwertung von Grund und Boden Profitinteressen einzelner meist den Vorzug vor den Belangen der Allgemeinheit haben, ist sicherlich weiterhin berechtigt.

Die Situation behinderter Menschen

Mitscherlichs Kritik zielt nicht primär auf die Lebenswelt behinderter Menschen ab. Diese war 1965 überwiegend noch so entsetzlich, dass wohl selbst einem so profilierten Sozialkritiker wie ihm das Schreiben vergangen wäre. Doch auch wenn heute die Zeit der Massenschlafsäle, der baufälligen Unterkünfte, der unzureichenden medizinischen Versorgung u.v.m. vorbei ist, ist es wichtig, einmal zu betrachten, inwieweit der Vorwurf der „Unwirtlichkeit der Städte“ auf die Lebenssituation der Menschen mit Behinderung zutrifft.

Vor allem wird es Menschen mit Behinderungen von Kindesbeinen an extrem erschwert, notwendige Raumerfahrungen zu machen, selbstbestimmt zu leben und an einer – idealiter – vielfältigen und inspirierenden Stadt teilzuhaben. Letzteres schließt auch ein, diese mitzugestalten, was ihnen ebenfalls fast unmöglich gemacht wird. Sie gehören nach wie vor zu den Hauptleidtragenden einer immer noch bestehenden Unwirtlichkeit der Städte.

Das Leben von vielen behinderten Menschen ist nach wie vor durch ein großes Maß an Fremdbestimmung und Einschränkungen lebensweltlicher Freiheiten gekennzeichnet. Vor allem können sie das, was unsere Städte nach wie vor an Vielfalt zu bieten haben, oftmals nicht nutzen, geschweige denn gestalten.

Immer noch können Menschen mit Behinderung ihren Wohnort und die Wohnform kaum mitbestimmen. Vor allem Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sind dazu gezwungen, in Sondereinrichtungen zu leben. Den Wohnort und damit bestimmte Qualitäten des Wohnumfeldes können sie sich dabei nur in engen Grenzen aussuchen. Die Wohneinrichtungen sind zudem wenig in ihr Umfeld integriert, weder räumlich noch sozial.

Auch auf dem individuellen Wohnungsmarkt sind behinderte Menschen stark benachteiligt, zum einen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation, zum anderen aufgrund von Vorurteilen. Dies schränkt ihre Wahlmöglichkeiten erheblich ein.

Der Zugang zu Ausbildung und Beruf wird ihnen stark erschwert. Behinderte Menschen sind überproportional oft von Arbeitslosigkeit betroffen oder ihre Arbeit findet in stark segregierten Sondereinrichtungen statt und ist schlecht bezahlt.

Die Überwindung von räumlichen Distanzen ist oft schwierig. Der ÖPNV ist nicht ausreichend barrierefrei, der Individualverkehr (Taxi oder eigenes Auto) zu teuer.

Allgemein sind die Kommunikation und der Zugang zu Informationen mit großen Problemen verbunden, Es fehlt oft an entsprechend aufbereiteten Materialien, beispielsweise in leichter Sprache, oder es ist nicht ausreichend Unterstützung vorhanden z.B. für hörgeschädigte Menschen. Auch in diesem Bereich sind die Vorurteile der nicht behinderten Gesellschaft ein massives Problem.

Freizeitangebote können oft nicht eigenständig und selbstbestimmt genutzt werden. Zum einen sind die Einrichtungen oft nicht barrierefrei und/oder Menschen mit Behinderungen fühlen sich allgemein nicht erwünscht. Zudem sind ihnen aufgrund der starken Kommerzialisierung aus finanziellen Gründen viele Freizeitaktivitäten verwehrt.

Hier sehen wir ein Café in der Hamburger Hafencity, das ich vor einiger Zeit fotografiert habe. Abgesehen davon, dass ich es architektonisch nicht besonders einladend finde, war das Wetter nicht eben schön (für letzteres kann allerdings keiner etwas). Ich will aber auf etwas anderes hinaus: Die Stühle und Tische des Außenbereichs (und gastronomische Außenbereiche stehen wie kaum etwas anderes für urbanen Flair) sind ausgerechnet auf der Rampe aufgebaut, mit Hilfe derer Menschen im Rollstuhl die Möglichkeit hätten, in das Cafe zu gelangen. Und damit sie nicht etwa auf die Idee verfallen, sich draußen hinzusetzen, sind Tische und Stühle auf kleine Podeste gebaut und damit für sie unerreichbar. Auch sehbehinderte Menschen werden ihre Freude mit diesem Setting haben.



Dabei ist es nur ein schwacher Trost, dass die meisten behinderten Menschen sich den Cappuccino in solchen Cafés ohnehin nicht leisten können.

Menschen mit Behinderung verfügen oftmals nicht über das, was ich Zeit- und Raumsouveränität nenne, d.h. selbst gewählte Orte aufsuchen, wann sie wollen, mit wem sie wollen und auf welche Weise sie wollen.

Dies alles führt dazu, dass das Schlagwort von der "Unwirtlichkeit der Städte" für sie im besonderen Maße gilt. Aber nicht nur, dass behinderte Menschen in extremer Weise daran gehindert werden, die Erlebnisräume, die Städte und ihre Quartiere bieten zu nutzen, aus den gleichen Gründen wie oben beschrieben, wird es ihnen unmöglich gemacht, ihren Lebensraum zu gestalten und zu verändern.

Bevor ich dazu komme, wie man beginnen kann, dies zu ändern, eine kurze Zwischenbemerkung.

Stadtquartier - Begriff und Konzepte

Der Begriff des "Quartiers" geht auf einen Stadtgrundriss zurück, der von der römischen Antike geprägt ist und bis in das Mittelalter hinein übernommen wurde. Die römischen Ansiedlungen hatten einen Grundriß wie ein Fensterkreuz, Rechteckig mit zwei sich im Winkel von 90 Grad kreuzenden Hauptstraßen (Cardo und Decumanus) (Bild). So entstanden vier Teile - Viertel oder Quartiere.

Der Begriff des "Quartiers" ist heute eher positiv konnotiert. Mit diesem Begriff wird das Konzept eines durchmischten, vielfältigen Stadtteils verbunden, der seinen Bewohnerinnen und Bewohnern viele Möglichkeiten bietet, unterschiedlichen Lebensentwürfen nachzugehen und in dem eine gute Nachbarschaft und eine starke Identifikation mit dem Wohnort vorhanden sind.

Daher ist es nicht verwunderlich, wenn der Begriff nicht nur beschreibend gebraucht wird, sondern auch konzeptionell. Neue Wohnsiedlungen werden gern als „Quartiere“ bezeichnet, ja sogar einzelne Bauten bekommen diese Bezeichnung - was blödsinnig ist. Auch in Immobilienanzeigen wird dieser Begriff gern gebraucht oder auch missbraucht.

Aber auch soziale Konzepte arbeiten mit dieser Bezeichnung, wie wir noch sehen werden.

Quartiersplanung im Lichte der Inklusion

Es gilt, Strukturen zu schaffen, die es behinderten Menschen ermöglichen, selbstbestimmt und eigenverantwortlich dort zu leben, wo sie es wollen und wie sie es wollen. Leben heißt hierbei nicht nur wohnen, sondern arbeiten, Hobbies nachgehen, sich kulturell und politisch betätigen u.v.m.

Mich erinnert dies an das Konzept des "Handels", wie ihn Hannah Arendt in ihrem Werk "Vita activa - vom tätigen Leben" beschreibt. Handel bedeutet hier nicht das Kaufen und Verkaufen von Dingen, sondern Interaktion durch Kommunikation. Durch das Handeln erkennen Menschen einander und bilden so die Grundlage eines Gemeinwesens. Handeln findet im öffentlichen Raum statt,

es ist politisch im Kern der Bedeutung des Begriffs, nämlich gleichberechtigt, gestaltend und frei.

Natürlich ist die Herstellung der Barrierefreiheit im technischen Sinne, also das Herstellen von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln, die auch von Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen adäquat genutzt werden können, von grundlegender Bedeutung, aber es ist nur der Anfang - und wir sind trotz bestimmter Fortschritte noch weit davon entfernt.

Diese Form der Barrierefreiheit ist - ingenieurwissenschaftlich gesprochen - das Planum, die Fläche auf der alles andere entstehen kann. Der Abbau physischer Barrieren ist keine Inklusion, aber ohne ihn gibt es keine Inklusion.

Von zentraler Wichtigkeit ist meines Erachtens die Möglichkeit, sich zu bilden, also das Erlangen von Wissen und Information, das Ermöglichen des Austauschs mit anderen und die Anwendung des Gelernten. Dies geht weit über die Berufsausbildung hinaus. Francis Bacon schrieb "Wissen ist Macht", oder in der Langfassung : "Wissen und Macht des Menschen fallen zusammen, weil Unkenntnis der Ursache über deren Wirkung täuscht.". Genau darum geht es in meinen Augen: das Wissen zu erlangen, warum etwas geschieht, wie es geschieht und wie das Geschehen beeinflusst werden kann.

Ebenso muss die ökonomische Situation der behinderten Menschen und ihrer Unterstützungssysteme verbessert werden, eng damit verbunden ist es, Vielfalt und Selbstbestimmung des Arbeitens und des Wohnens zuzulassen und durch die Bereitstellung entsprechender Assistenzen zu unterstützen.

Aufgrund der eingeschränkten Mobilität vieler behinderter Menschen ist es darüber hinaus wichtig, dass Arbeitsplätze, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen wohnortnah vorhanden sind.

Auch ihre politische Arbeit muss gefördert und unterstützt werden, Initiativen und Vereine brauchen neben Akzeptanz und Gehör auch Geld und barrierefreie Räume.

Die Teilhabe behinderter Menschen darf nicht am Katzentisch erfolgen, sondern muss als echte Mitwirkung konzipiert werden - und in bestimmten die Belange

von behinderten Menschen betreffenden Belangen gern auch einmal als Federführung.

Beispiele

Q8

Zunächst möchte ich das Projekt Q8 erwähnen, das bereits im Rahmen der Ringvorlesung im letzten Semester von der Projektleiterin Karen Haubenreisser vorgestellt wurde.

Aus einer Initiative der evangelischen Stiftung Alsterdorf und gefördert von der Aktion Mensch und der Stiftung Nordmetall entstand das Projekt Q Acht. Das Projekt will "Antworten darauf finden, wie gesellschaftliches Leben im Quartier so gestaltet werden kann, dass alle Menschen dort selbstbestimmt leben können und dafür die Unterstützung finden, die sie brauchen." (Karen Haubenreisser, Das Quartiersentwicklungsprojekt Q8 –Einblicke in die Quartiersarbeit in: Teilhabe 4/13, S. 171f.).

Es werden in diesem Zusammenhang acht Lebensbereiche definiert (Wohnen, Assistenz und Service, Arbeit und Beschäftigung, Gesundheit und Pflege, Bildung, Kunst und Kultur, Lokale Ökonomie, Spiritualität und Religion, Kommunikation und Partizipation) die für die Entwicklung eines inklusiven Lebensraums von zentraler Wichtigkeit sind.

Zu diesen Lebensbereichen werden die unterschiedlichen Akteure, die in einem Stadtteil tätig sind (Politik und Verwaltung, BewohnerInnen, Gewerbetreibende, Initiativen, Kirchen, soziale Dienste etc.) zusammengebracht, die Probleme und Potentiale eines Quartiers analysiert, Verbesserungsvorschläge formuliert und anschließend gemeinsam umgesetzt.

Schon das Zusammenführen und Vernetzen unterschiedlicher Akteure im Stadtteil - die ansonsten womöglich gar nichts voneinander wüssten - leistet einen wertvollen Beitrag zur inklusiven Quartiersentwicklung, wenn - wie hier - damit verbunden ist, die in einem Stadtteil lebenden Menschen mit Behinderung in dieses Netzwerk einzubeziehen.

Um einen solchen Prozess anzustoßen und zu begleiten ist - wie im Projekt Q Acht - ein professionelles Projektmanagement erforderlich. Dass in diesem Fall gemeinnützige Stiftungen dies finanzieren, ist dankenswert. Es weist allerdings auch darauf hin, dass die öffentliche Hand sich aus diesen Bereichen der Quartiersplanung vor allem finanziell sehr weit zurückzieht. Dies ist nicht nur bedauerlich, sondern vor dem Hintergrund, dass die räumliche Planung eine Gemeinwesenenaufgabe darstellt, skandalös.

Noch einmal ein Satz von Karen Haubenreisser:

"Zu einem inklusiven Quartier gehört neben einer barrierearmen Stadt- und Gebäudeplanung ein ausgewogenes Kommunikations-, Beteiligungs- und Kräfteverhältnis zwischen persönlichen, zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der verschiedenen Akteure".

Runder Tisch "barrierefreie Schanze"

Ein im Vergleich dazu sehr kleines Projekt ist der Runde Tisch „Barrierefreie Schanze“ den ich einige Zeit begleiten durfte. Initiiert wurde dieser im Zusammenhang mit dem Projekt "Stadttreiben" des Vereins Leben mit Behinderung Hamburg, in dem unterschiedliche Aktivitäten für behinderte Menschen aus den Bereichen Kultur, Freizeit und Politik angeboten werden.

Eine Gruppe von behinderten Menschen, die am Rand des Schanzenviertels leben, haben sich dabei - angeleitet von einer Mitarbeiterin von LMBHH, Doris Doll, der Unterstützung verschiedener Akteure und externer Fachleute versichert und gemeinsam Probleme des Stadtteils aus ihrer Sicht beschrieben. Sie konnten Wirkgefüge von Politik und Verwaltung zumindest in Ansätzen kennenlernen (z.B. durch einen Besuch im Bezirksamt Altona) und haben Verbesserungsvorschläge gemacht.

Interessant ist dabei, dass ganz konkret Barrieren auf dem "kleinen Dienstweg" abgebaut werden konnten. Nach einer Begehung des Quartiers mit Mitarbeitern der Tiefbauabteilung des Bezirksamtes konnten diese - ohne großen politischen oder administrativen Aufwand - einige Barrieren abbauen. So wurden an

bestimmten Stellen Bordsteine abgesenkt und an Ampelübergängen das für RollstuhlfahrerInnen so lästige Kopfsteinpflaster geglättet.

Dies allein ersetzt natürlich keine inklusive Quartiersentwicklung, aber es zeigt, wie auch kleinteilige Initiativen etwas bewegen können und wie die Mitwirkung behinderter Menschen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt nicht nur diese positiv beeinflusst, sondern auch zu einer wesentlichen Stärkung ihres Selbstbewusstseins führt.

Ich möchte keineswegs verschweigen, dass gerade von Seiten der technischen Verwaltung - z.B. beim Tiefbauamt - eine durchaus große Bereitschaft vorhanden war, sich konstruktiv mit den Belangen der behinderten Menschen auseinanderzusetzen.

Als Ausblick möchte ich darauf hinweisen, dass auch die etablierte Stadtforschung sich dieses Themas mittlerweile annimmt. So veranstaltet das Deutsche Institut für Urbanistik - die größte kommunalwissenschaftliche Einrichtung Deutschlands - Ende November eine Tagung zu dem Thema "Inklusive Quartiersentwicklung – Herausforderungen und Handlungsansätze" (<http://www.difu.de/veranstaltungen/2014-11-24/inklusive-quartiersentwicklung-herausforderungen-und.html>).

Fazit

Am mangelnden Engagement der Menschen mit Behinderung und ihrer UnterstützerInnen fehlt es ganz sicher nicht und es sind viele Konzepte vorhanden, um die Situation nachhaltig zu verbessern. Was erforderlich ist, ist eine politische (und das bedeutet vor allem auch materielle) Unterstützung bei deren Umsetzung und darüber hinaus ein stetiger Prozess gesellschaftlicher Akzeptanz des selbst bestimmten Lebens behinderter Menschen.

Es ist also vieles in Bewegung. Wird diese Bewegung zugelassen und unterstützt, beginnt die Stadt - auch für behinderte Menschen - immer weniger unwirtlich zu sein.

Aber täuschen wir uns nicht, es gibt gewaltige Widerstände, die es zu brechen und Rückschläge, die es zu verdauen gilt.

Dass z.B. eine renommierte Hochschule wie die Universität Hamburg ein so ambitioniertes Projekt wie das Zentrum für Disability Studies in ihrer Sphäre nicht einmal zu dulden bereit ist, gehört zu diesen Rückschlägen. Dass eine andere Hochschule wie die evangelische Hochschule für Diakonie und soziale Arbeit das ZeDiS nicht nur duldet, sondern herzlich willkommen heißt, ist ein gutes, Mut machendes Signal.

Im doppelten Sinne daher: Ich danke Ihnen